

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/234

6. Dezember 1972

SPD-Betriebsarbeit vor neuen Aufgaben

Bessere Organisation zur stärkeren Bewusst-
seinsbildung

Von Werner Staak MdB

Stellv. Vorsitzender des Beirats für Arbeit-
nehmerfragen beim SPD-Parteivorstand

Seite 1 / 41 Zeilen

In Rheinland-Pfalz Kurs auf 1975!

Chancen für einen politischen Kurswechsel
besser denn je

Von Wilhelm Dröschner MdB

Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz und
Oppositionsführer im Mainzer Landtag

Seite 2 / 49 Zeilen

Alfred Dreggers Rückversicherung

Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten
in Hessens CDU

Seite 3 und 4 / 90 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausalfes 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1. Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 888 848 / 888 847
890 948 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

SPD-Betriebsarbeit vor neuen Aufgaben

Bessere Organisation zur stärkeren Bewußtseinsbildung

Von Werner Staak MdB

Stellv. Vorsitzender des

Beirats für Arbeitnehmerfragen beim SPD-Vorstand

Das Wahlergebnis des 19. November 1972 war ein großer Vertrauensbeweis der Arbeitnehmer für die Politik von Willy Brandt, Herbert Wehner, Helmut Schmidt und Walter Arendt. Die Mobilisierung der Arbeitnehmerschaft ist durch die langfristig angelegte aktive politische Arbeit der sozialdemokratischen Betriebsfunktionäre voll gelungen. Die hohe Wahlbeteiligung der Arbeitnehmer und ihr politisches Engagement in den Betrieben beweisen, daß das politische Interesse und Bewußtsein zugenommen hat. Auf dieses Ergebnis kann die Partei stolz sein. Ausruhen kann sich allerdings darauf niemand. So ist denn die Schlußfolgerung für die sozialdemokratische Betriebsarbeit, daß wir zusätzliche politische Anstrengungen in der Parteiarbeit zu machen haben, um die Einbeziehung der Willensbildung der arbeitenden Schichten politisch zu organisieren.

Zur Erreichung dieses Zieles bedarf es eines Angebots der Partei an bestimmte Zielgruppen, hier der Arbeitnehmer, sich besser als bisher zu organisieren. Der Auftrag dazu ist von dem Parteitag in Godesberg im Dezember 1971 formuliert worden. Der Parteivorstand hat inzwischen die Richtlinien beschlossen. Danach ist eine "Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" zu bilden.

Sie hat diese Aufgabe: "Die Arbeitnehmer mit der Politik und den Zielen der Partei vertraut zu machen und die Partei durch die Gewinnung neuer Mitglieder zu stärken, die Interessen der Arbeitnehmer in der politischen Willensbildung zur Geltung zu bringen und die politische Mitarbeit der Arbeitnehmer zu stärken."

Aufbauend auf die bestehenden organisatorischen Voraussetzungen in den meisten Bundesländern und die organisatorische Arbeit der Sozialdemokraten in Betrieben und Verwaltungen sowie der Initiativen des jetzt noch bestehenden Beirats für Arbeitnehmerfragen beim Parteivorstand ist die Vorbereitungsarbeit soweit gediehen, daß auf einer Bundeskonferenz entsprechend den Richtlinien die zentrale Konstituierung im ersten Vierteljahr 1973 erfolgen kann.

Das bedeutet für alle Gruppierungen der Partei eine erhebliche Anstrengung, um diesen Auftrag zu erfüllen. Die Delegierten der Basis, der Betriebsgruppen und Arbeitsgemeinschaften werden einen Bundesvorstand wählen und einen Bundesausschuß berufen. Damit ist Gewähr gegeben, daß in der SPD die Erfahrungen und Vorstellungen der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen in die praktische Politik einfließen. Die sozialdemokratische Partei wird somit dem Anspruch der Arbeitnehmer gerecht, nicht nur zu den Wahlen zur Mitarbeit aufgerufen zu werden, sondern die Zeit zwischen den Wahlen für eine politische Bewußtseinsbildung zu nutzen.

(-/6.12.1972/bgy/ex)

+ + +

In Rheinland-Pfalz Kurs auf 1975 !

Chancen für einen politischen Kurswechsel besser denn je

Von Wilhelm Dröscher MdL

Vorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz
und Oppositionsführer im Mainzer Landtag

Den stellv. Bundesvorsitzenden der CDU, Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, hat das Wahlergebnis vom 19. November nicht nur wegen seiner bundespolitischen Aspekte aufgeschreckt, sondern vornehmlich auch wegen der Rückwirkungen auf seine eigene politische Position in Rheinland-Pfalz.

Denn bei den Erststimmen hat die SPD die "Union" erstmals überholt, wenn auch nur um 33.000 Stimmen, bei den Zweitstimmen liegen Christdemokraten und Sozialdemokraten erstmals fast gleichauf. Aber entscheidend war und ist: Die beiden Parteien der Bonner sozialliberalen Koalition, FDP und SPD, die noch bei den Landtagswahlen 1971 nur auf rund 46 vH. gekommen waren, wissen seit dem 19. November in Rheinland-Pfalz 53 vH. der Bürger hinter sich. Und das wird Dr. Kohl immer wieder in Erinnerung gerufen werden !

Sozialdemokraten und Freie Demokraten stehen in Rheinland-Pfalz gemeinsam in der Opposition zur CDU, sie stehen aber auch - wie bewiesen wurde - gemeinsam zur Unterstützung der Bonner sozialliberalen Koalition. Sie kämpfen seit langem dagegen, daß Rheinland-Pfalz im Bundesrat immer wieder den Versuch unternimmt, den Bundesrat aus parteipolitischen Motivierungen zu mißbrauchen. Und nachdem Dr. Kohl unmittelbar nach der Bundestagswahl durchblicken ließ, daß die Konfrontation im Bundesrat nicht abgebaut, sondern eher noch verstärkt werde, liegt es auf der Hand, daß SPD und FDP in Rheinland-Pfalz alles daran setzen werden, um auch im Bundesrat eine sozialliberale Mehrheit zu sichern. Da die nächste Landtagswahl, die diese Chance beinhaltet, in Rheinland-Pfalz stattfindet, wissen Sozialdemokraten und Liberale im Land zwischen Rhein und Mosel sehr genau, daß sie in einem Boot sitzen und Kurs auf 1975 nehmen müssen.

Dabei versteht es sich von selbst, daß die beiden Mainzer Oppositionsparteien nicht in billiger Verbrüderung machen werden. Zwei selbständige und seit dem 19. November auch besonders selbstbewußt gewordene Parteien werden darum ringen, die absolute Mehrheit der Union im Interesse der Bürger im Bund und im Land zu brechen und, wenn die zahlenmäßigen Voraussetzungen gegeben sind, ein Regierungsbündnis der sozialliberalen Koalition begründen.

Wir machen uns nichts vor: Der Weg zu einem Wahlergebnis, wie es der 19. November brachte, ist weit und schwer. Aber eine erfolgreiche Politik des Bundeskanzlers und seiner Regierung auch für Rheinland-Pfalz kann dafür sorgen, daß die Chancen, die heute besser denn je sind, genutzt werden können. In der Landespolitik werden wir Tag für Tag sagen müssen, was der Bund für dieses Land tut, namentlich für jene wirtschaftlichen Problemgebiete, in denen politisch die großen Wählerreserven für Sozialdemokraten und Freie Demokraten zu finden sind. Eine enge Zusammenarbeit mit Bundesregierung, Bundestagsfraktion und besonders den 14 SPD-Abgeordneten aus Rheinland-Pfalz, die dem Neuen Bundestag angehören, wird garantieren, daß die Problemgebiete verstärkt Beachtung finden. Und dort fällt 1975 die Entscheidung !

(-/6.12.1972/ks/ex)

Alfred Dreggers Rückversicherung

Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten in Hessens CDU

Als Dr. Rainer C. Barzel im letzten Sommer das Bundeskriminalamt in Wiesbaden besuchte, stellte er dort den ihn begleitenden hessischen CDU-Landesvorsitzenden Dr. Alfred Dregger etwas vorzeitig mit den Worten vor: "Und das hier ist mein künftiger Innenminister!" Daraus ist nun nichts geworden, aber Dregger geht trotzdem nach Bonn: als einfacher Abgeordneter, an der Spitze der CDU-Landesliste gewählt. Bereits 1969 war er in den Bundestag gewählt worden, aber damals hatte er, weil sich seine Erwartungen auf eine Regierungsbildung der CDU nicht erfüllt hatten, sein Mandat zurückgegeben und war in Hessen geblieben. Gewürzt durch diese Erfahrung, hatten diesmal seine Parteifreunde schon vor der Kandidatenaufstellung eine bindende Entscheidung zwischen Bonn und Wiesbaden, unabhängig vom Wahlausgang, von ihm verlangt.

Dr. Dregger geht trotz des für seine Partei ungünstigen Wahlausgangs mit der Hoffnung nach Bonn, sich dort in der CDU weiter nach vorn schieben zu können. Auf jeden Fall aber behält er den hessischen Landesvorsitz. Auch hat er sich vorbehalten, in zwei Jahren in Hessen den Landtagswahlkampf für seine Partei zu führen. Denn das Verdienst, den CDU-Anteil im traditionell "roten Hessen" von 26 vH. bei der Landtagswahl 1966 auf 40 vH. bei dieser Bundestagswahl - in der Hauptsache durch die Aufsaugung früherer NPD- und konservativer FDP-Wähler - erhöht zu haben, schreibt er im wesentlichen seiner Tätigkeit zu.

Die durch Alfred Dregger in den letzten Jahren ganz auf rechts getrimmte hessische CDU verliert damit in der Landespolitik ihre Führungsspitze, zumal sein in reaktionärer Einstellung mit ihr konkurrierender Stellvertreter, der verhinderte Marburger Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann, ebenfalls ein Mandat auf der Bundestags-Landesliste annimmt. Aus dem Führungstrio der CDU im Wiesbadener Landtag bleibt nur der Büdinger Sömologe und Autobatterien-Industrielle Dr. Christian Schwarz-Schilling, für dessen politisches Glaubensbekenntnis der in einer Mitgliederversammlung in Kelsterbach am 13. September gesprochene Satz zeugt: "Wenn die CDU an die Macht kommt, wird kurzer Prozeß an den Universitäten gemacht!" Aber obwohl Schwarz-Schilling Generalsekretär der hessischen CDU ist und schon vor über einem Jahr seinen Anspruch auf den Fraktionsvorsitz angemeldet hatte, ist er jetzt, nach dem Weggang Dreggers, lediglich zum stellv. Fraktionsvorsitzenden gewählt worden, und das mit nur 28 von 41 Stimmen. Das verdankt er nicht nur seinem unabgesprochenen Vorprellien in der Vorsitzfrage, sondern auch der Verstimmung, die die

von ihm betriebene Bundestagskandidatur des FDP-Überläufers v. Kühlmann-Stumm bei der hessischen CDU-Frominenz hervorgerufen hat.

Neuer Fraktionsvorsitzender - mit 39 von 41 Stimmen - wurde der 57jährige Heppenheimmer Oberstudiendirektor Dr. Hans Wagner, der schon einmal, vor Dreggers Machtübernahme, diesen Posten innegehabt hatte. Aber auch dieser hessische CDU-Politiker der ersten Nachkriegsstunde, der im allgemeinen als besonnen gilt, hat seine Qualifikation als Fraktionsführer in der seiner Wahl folgenden Sitzung des Landtags mit einer Scharfmacherrede gegen die Wiesbadener SPD/FDP-Regierung beweisen zu müssen geglaubt, in der er das häßliche Wort von der "politischen Kumpanei" der Landesregierung mit der Bundesregierung gebrauchte und mit dem von der CDU beherrschten Bundesrat drohte.

Die hessische CDU ist allerdings keineswegs so geschlossen, wie ihre Führung gern tut und wie man vielleicht auch nach ihren relativ guten Abschneiden bei der Bundestagswahl meinen sollte. Das zeigt sich gerade bei der Diskussion über den Mißerfolg der Gesamtpartei. Der Schatzmeister der Bundes-CDU, Walter Leisler Kiep, Versicherungsmillionär aus Kronberg im Taunus, hat es trotz aller Mittel und Sympathien nicht geschafft, seinen Wahlkreis Obertaunus zurückzuerobern, den 1969 der junge und damals so gut wie unbekannt Sozialdemokrat Dr. Dietrich Sperling gewonnen hatte. Er hat daher allen Grund, an die Adresse von Dregger und Strauß gewandt zu sagen: "Verlierer sind wir alle!" Mit seinem in der Hamburger "Zeit" an die CDU gerichteten Appell, sich "um eine realistische Haltung zum Grundvertrag zu bemühen", steht er in schroffem Gegensatz zu Dregger.

Aber auch andere hessische CDU-Politiker löken gegen den reaktionären Stachel aus Fulda. Der Bad Schwalbacher Bundestagsabg. Benno Erhard hat sich in der letzten Sitzung des CDU-Landesausschusses gegen einen Passus der Rede Dreggers gewandt, in dem dieser die Landtags- und Bundestagsabgeordneten der CDU davor warnte, den Regierungen in Wiesbaden und Bonn "zu helfen, bessere Gesetze zu machen", und als ihre wichtigste Aufgabe nicht ihre Arbeit im Parlament, "sondern draußen auf den Straßen und Plätzen, an Hecken und Zäunen, in Verwaltungen und Betrieben, in Versammlungen und Gesprächen" bezeichnete. Solche Scharfmacherei klingt allerdings komisch aus dem Munde Dreggers, der noch anlässlich des Scheiterns des konstruktiven Misstrauensvotums dem Bundeskanzler Brandt vorgeworfen hatte, er mobilisierte die Betriebe und die Straße.

Die hessische CDU wird, wie diese beiden Beispiele zeigen, bei aller nach außen demonstrierten Kraftmeierei nicht von erheblichen inneren Auseinandersetzungen verschont bleiben. Ob dabei allerdings die besonnenen Leute wie Leisler Kiep und Benno Erhard sich durchsetzen werden, das muß vorläufig ernstlich bezweifelt werden.

Dr. Hans Henrich
(-/6.12.1972/ks/ex)